[1908] Cons.
(F180 10-

Auszüge aus einem Pamphlet, welches einen Artikel aus dem „Sentinel", dem Orange- und protestantischen Zeitungsorgan, enthält, und welches in dem gegenwärtigen Wahlkampf unter den protestantischen Wählern verbreitet wird.

QUEEN'S UNIVERSITY LIBRARY
DOCUMENTS DEPARTMENT

Die

Pflicht der Stunde

Gründe warum Protestanten und Unterstützer von Provinzialrechten aktiven Antheil an der kommenden Wahl nehmen sollten.

RITTINGER & MOTZ, PRINTERS, BERLIN.

P
F5012
908
P531

Die Pflicht der Stunde.

Die bevorstehende Dominionwahl ist von ***mehr als gewöhnlicher Bedeutung für die Mitglieder der Orange Association.*** Als Bürger haben sie ein großes Interesse an der guten Regierung des Landes. Die Beweise der Liederlichkeit und Unehrlichkeit, welche die letzten beiden Sitzungen des Parlaments lieferten, sind an ihnen nicht ohne Eindruck vorübergegangen. Dennoch sind für sie die Autonomy Bills von 1905 die große Hauptsache. Dies ist für sie die erste Gelegenheit, eine Verdammung betreffs des an Saskatchewan und Alberta ausgeübten Zwangs auszusprechen. Jenes berüchtigte Gesetz wurde im Geheimen aufgesetzt und in der verwerflichsten Weise durch das Parlament geschoben. Es sieht nicht darnach aus, als ob die Parteipresse die Sache gehörig berücksichtigen würde. Die Zeitungen verwenden ihren Raum auf die Verschwendung der Regierung und die verdächtigen Sachen, die man aufgedeckt hat. Wenig wird aber gesagt über die Frage, welche nach unserer Ansicht alle anderen an Wichtigkeit übertrifft.

Deswegen wollen wir etwas Raum auf eine einfache Erklärung des Falles verwenden, damit diejenigen, welche der klerikalen Einmischung entgegend sind, und welche das Prinzip der Provinzialrechte unterstützen, die Thatsache in kurzer und folggerichtiger Weise vor sich haben.

Der Sentinel vertritt den Standpunkt, daß in diesem Wahlkampf ein jeder Mann, der mit der Association verbunden ist, die Pflicht hat, der Rückkehr der Laurierregierung in aktiver Weise zu opponiren. Diese Regierung hat sich den ***unrechtmäszigen Eingriffen der Kirche von Rom in die Erziehungsangelegenheiten der zwei neuen Provinzen*** in einem Grade unterworfen, der in der politischen Geschichte des Landes seinesgleichen nicht hat. Wer erst Politiker und dann Orangemann ist, der mag mit uns nicht übereinstimmen. Es gibt Leute in diesem Lande, welche sich die Politik zur Religion machen. Sie verehren ihre Partei und ihre Parteiführer. Wir können nicht hoffen, die Zustimmung dieser Leute zu erlangen, wenn wir ihnen besondere Thätigkeit für die Niederlage der gegenwärtigen Regierung anrathen.

Sir Wilfrid Laurier führte seine Partei zu einem Bruch der Konstitution und zum Verwerfen der Stellung, die er betreffs der Remedialgesetzgebung im Jahre 1896 annahm. Indem er die Autonomy Bills durch das Parlament schob, machte er sich eines Vergehens schuldig, das jedem Mann, der an Provinzialrechte glaubt oder der keine klerikale Einmischung in unsere Gesetzgebung wünscht, zuwider ist. Hätte er beabsichtigt, sich und seine Partei in direkten und scharfen Konflikt mit der Orange Association zu bringen, dann hätte er keinen besseren Weg dazu wählen können. Er übergab die Regierung der Dominion von Canada, in betreffs der Schulgesetzgebung für die zwei neuen Provinzen, dem päpstlichen Delegaten Mgr. Sbarretti.

Sir Wilfrid Laurier hat die Konstitution mit Vorbedacht und in offenkundiger Weise verletzt, indem er den zwei westlichen Provinzen Separatschulen aufzwang.

Dies ist die Hauptsache in den kommenden Wahlen für die Mitglieder der Orange Association. Was immer die Ansicht eines Mitgliedes über die Politik im allgemeinen, er muß, wenn er seiner eingegangen Verpflichtung treu bleiben will, alles thun, um die Niederlage der jetzigen Regierung herbeizuführen. Es leitet uns hierbei nicht der Parteigeist, sondern wir wollen nur die Prinzipien des Ordens aufrecht erhalten, welche, an sich, selbst von Sir Wilfrid Laurier als gut angesehen werden. Wir möchten unseren Lesern die Ueberzeugung beibringen, daß in der kommenden Wahl diese Frage allen anderen vorangesetzt werden muß.

Die Unterhandlung mit den Bischöfen.

Die Politik der Partei und die Erklärungen des Führers waren so deutlich, daß niemand den Versuch, eine Provinz betreffs der Schulgesetze zu zwingen, befürchtete, so lange als Sir Wilfrid Laurier Premier, und die Liberalen am Ruder waren. Deswegen konnte man das Volk nicht überzeugen, daß im Herbste 1904 ein Verständniß mit den Bischöfen erreicht worden war. Die Toronto News erklärte, die Bischöfe hätten in Three Rivers eine Berathung gehalten, bei welcher ihnen garantirt wurde, daß man Separatschulen für die zwei neuen Provinzen beschaffen würde. Erzbischof Bruchesi leugnete dies. Sir Wilfrid Laurier sagte gar nichts. Der Globe leugnete es nicht. Das Geheimthun und das Schweigen entfernte jeden Verdacht. Niemand glaubte, daß eine liberale Regierung ihren ganzen Rekord derart in Unehre bringen würde. Die späteren Ereignisse zeigten, daß ein Kompakt abgeschlossen wurde, wie die News berichtet hatte. Der genaue Wortlaut desselben ist ein Geheimniß der römisch-katholischen Kirche. Doch hat man genügenden Grund zum Glauben, daß einer Bedingung zufolge, die Bills, vor dem Vorlegen im Parlamente, die Gutheißung des päpstlichen Delegaten erhalten mußten.

Der päpstliche Delegat der Schiedsrichter.

Mgr. Sbarretti's Antheil an der Revision der Bills sollte nicht übersehen werden. Aus der Bibliothek in seinem Palast zu Ottawa kam der Entwurf, ehe man die Bill vor das Parlament brachte. — In unserer Hauptstadt hatte man den Anblick, daß der Premier der Dominion in die Wohnung des päpstlichen Delegaten fuhr, um mit ihm zu berathen, ehe er mit seinen Kollegen eine Berathung abhielt. Die Sorgfalt, die man darauf verwandte, daß der päpstliche Delegat die Sache gutheiße, führt zu der Annahme, daß ein wichtiger Theil des Kompaktes von Three Rivers darin bestand, daß der Vertreter des Papstes der Schiedsrichter zwischen den Bischöfen und der Regierung sei. Wir ersuchen unsere Leser, die Sachlage in Erwägung zu ziehen. Hier ist eine Frage von höchster Wichtigkeit für die ganze Zukunft der zwei canadischen Provinzen. Man sollte meinen, canadische Staatsmänner könnten dieselbe schlichten. Sie waren in Ottawa versammelt. Man hätte ihre Ansichten im Augenblicke erfahren können. Warum einen italienischen Prälaten vorschreiben lassen, was unser Parlament thun soll? Hat es jemals einen demüthigenderen Vorfall gegeben? Die von den stimmberechtigten Bürgern von Canada erwählten Männer mußten von einem Ausländer ein Gesetz annehmen, das Neunzehnteln der Bevölkerung außerhalb der Provinz Quebec zuwider war; wir fügen noch zu, das Neunzehnteln der Vertreter im Parlamente, mit Ausnahme natürlich derer von Quebec, gleichfalls zuwider war.

Der päpstliche Delegat hatte noch mehr Einfluß. Die Willfährigkeit von Sir Wilfrid Laurier, oder die Bedingung des Kompaktes von Three Rivers, machten es ihm möglich, die Grenzen von Manitoba festzusetzen. An die Gründung der zwei neuen Provinzen schloß sich die Frage der Erweiterung von Manitoba. Die dortige Regierung machte der Zentralregierung Vorstellungen, und zwei Minister kamen nach Ottawa, um die Ansprüche der Provinz vorzulegen. Am 16. Februar trafen sie mit Sir Wilfrid Laurier zusammen. Er ersuchte sie, drei Tage zu warten. Dann bat der päpstliche Delegat um eine Berathung. Sie trafen ihn. Er legte ihnen eine Note vor, in der die Errichtung von Separatschulen bestimmt war, und er theilte Hrn. Rogers und seinen Kollegen mit, daß die Grenzen von Manitoba nur unter dieser Bedingung erweitert werden würden. Die Minister verweigerten ihre Zusage voll Entrüstung, und reisten nach Hause.

Wer gab Mgr. Sbarretti das Recht, die Bedingung für das Aendern der Grenzen einer canadischen Provinz zu machen? Wer anders als Sir Wilfrid Laurier hätte dies thun können? Zu beachten ist ferner, daß Manitoba keine bestimmte Antwort auf sein Verlangen für die Vergrößerung seines Areals erhalten hat. Man hatt die Frage absichtlich im Hintergrund gehalten. Man wartet auf die Wiedererwählung der liberalen Regierung. Dann wird man die tapfere kleine Provinz zwingen, die Bedingungen des päpstlichen Delegaten anzunehmen oder ihre alten Grenzen zu behalten. Dies ist ein Verbrechen an den Bewohnern jener Provinz, daß die Wähler allenthalben in Canada scharf rügen sollten. Wir fragen unsere Leser, was wird aus Canada werden, wenn Fragen betreffs der Grenzen einer Provinz einem italienischen Priester zur Entscheidung vorgelegt werden? Ist es beinahe nicht, als ob der Papst weltliche Macht in diesem Lande ausübt? Die Regierung, der päpstlichen Autorität vollkommen unterworfen, überläßt es den Bischöfen, Belohnungen und Strafen für Widerspenstigkeit auszutheilen. Das sollte uns doch anspornen, die Gewalt uad Autorität von den Männern zu nehmen, welche die Grundprinzipien der britischen Politik so sehr mißachten.

Nichts wurde unterlassen; kein Plan blieb unversucht; kein Mittel daß mithelfen konnte, die Opposition gegen die Bills abzuschwächen, wurde vernachlässigt. ***Die Kirche mit ihren unbegrenzten Hilfsmitteln an Geld und Einflusz, spielte ihre Rolle vollkommen.*** Sie gewann. Am 4. Mai, um 1.40 Uhr morgens, wurde in dem Hause der Gemeinen das Gesetz mit 140 gegen 59 Stimmen passirt; ein einziger Liberaler, Hr. McCarthy von Simcoe, stimmte gegen den Zwang.

Dies vollendete die Verschwörung gegen den freien Unterricht im Westen. Dieselbe wurde in den Klöstern von Quebec entworfen. Sie wurde von einem römisch-katholischen Premier durchgeführt. Die Parteien umfassen die französischen Bischöfe, die Dominion-Regierung, und die liberale Partei im Parlament.

Ein Kriegsruf.

Angesichts des Erwähnten ersuchen wir die Orangemänner von Canada, sich mehr als in gewöhnlicher Weise für die Niederlage der Laurier-Regierung zu bemühen.

Dies ist ein Kampf, in welchem die Orangemänner von Canada einen groszen Einflusz ausüben können. Sie schulden sich selbst eine Pflicht in diesem Wahlkampf, und in weiterem Sinne dem ganzen Lande. Während den kommenden zwei Monaten sollten sie ohne Unterlaß für die Niederlage der Laurierkandidaten wirken. Durch Argumente, durch persönliches Stimmensammeln, in jeder Weise, die hilft, ihre Freunde zu einer klaren Ansicht ihrer Pflicht zu bringen, sollten sie für dieses Ziel arbeiten. Im November ist ein neues Parlament erwählt. Bleibt Sir Wilfrid Laurier der Anführer, dann gibt es weitere Unterwerfung unter den klerikalen Einfluß. Manitoba wird keine Gebietserweiterung erlangen. Die klerikalen Schulen werden den westlichen Provinzen noch fester angekettet. Dies kann man alles verhüten, wenn die Laurier-Regierung geschlagen wird. Hr. Borden ist wohl nicht so stark aufgetreten, wie wir wünschen. Wird er erwählt, dann gilt dies als ein Protest gegen die Unterwürfigkeit der jetzigen Regierung unter die Bischöfe von Quebec. Die Führer beider Parteien können daraus eine heilsame Lehre ziehen. Lehrt dieselben, daß das Volk Canadas eine Sache nicht verzeiht — nämlich die ***Beraubung der Provinzen auf den Befehl der Hierarchie.*** Zeigt dies deutlich durch eure Stimmen. Den Konservativen zeigte man dies im Jahre 1896. Die Liberalen müssen es im Jahre 1908 lernen, wenn dies Land von dem ***Fluch der klerikalen Oberherrschaft*** bewahrt werden soll.